Die Entstehung des „Territoire de Memel“ und die Pläne der französischen Administration¹ (1919–1923)

von Christian-Alexander Schröder

Tiefgreifende Spuren hat die dreijährige Anwesenheit französischer Besatzungstruppen an der Memel nicht hinterlassen. Neben historischen Briefmarken mit dem Aufdruck „Memel“, die sich heute bei Philatelisten großer Beliebtheit erfreuen, und schriftlich fixierten Konzeptionen für einen „Freistaat Memelland“, die in verschiedenen europäischen Bibliotheken und Archiven zu finden sind, erinnert nur wenig an die kurze Spanne der memelländischen Geschichte, die von den Einheimischen später „Franzosenzeit“ genannt werden sollte.

Drei Jahre lang, vom Beginn des Jahres 1920 bis zum Januar 1923 befand sich das Memelgebiet in einem eigentümlichen Schwebestand, der die kleine Region am rechten Unterlauf der Memel zu einem Unikum auf der politischen Landkarte Europas machte. Es gehörte seit dem In-Kraft-Treten des Versailler Vertrages nicht mehr zu Deutschland, aber auch nicht zu Litauen oder einem dritten Staat. Die Hoheitsgewalt über das Territorium von der Größe Luxemburgs mit seinen knapp 141000 Einwohnern, die zu etwa gleichen Teilen Deutsch bzw. Litauisch als Muttersprache angaben und zu 96% der preußisch-unierten Kirche angehörten,² lag bei einer Gruppe von Staaten, die aus Frankreich, Großbritannien, Italien und Japan bestand. Frankreich verwaltete das Gebiet im Auftrag dieser vier alliierten Hauptmächte.

Die Rolle der Alliierten bei der Entstehung des Memelgebietes als eigenständige politische und geographische Einheit und die Besatzungspolitik der französischen Regierung sind bisher nur bruch-

¹ Der vorliegende Text geht aus einer Magisterarbeit hervor, die im Wintersemester 2001/02 am Institut für Geschichtswissenschaften der Humboldt-Universität Berlin eingereicht wurde (Betreuer: Prof. Dr. Clemens A. Wurm). Diese Arbeit mit dem Titel „Das ‚Territoire de Memel‘. Entstehung und Entwicklung eines völkerrechtlichen Provisoriums 1919–1923“ wird in Kürze in der von Ulrich Albrecht, Manfred Kerner und Sigmar Stopinski herausgegebenen Reihe der „Berliner Interuniversitären Arbeitsgruppe Baltische Staaten“ (BIAB) erscheinen.

² Johannes Ganß, Die völkischen Verhältnisse des Memellandes. Berlin 1925, S. 53–59; Vincas Vileišis, Tautiniai santykiai Maž. Lietuvoje ligi didžiojo Karo istorijos ir statistikos šviesoje (Die Nationalitätenverhältnisse in Klein-Litauen bis zum Weltkriege im Licht der Geschichte und der Statistik). Kaunas 1935, S. 204.

stückhaft untersucht worden. In der Literatur sind aber unterschiedliche Vermutungen über die Absichten der französischen Regierung und ihrer Repräsentanten in Memel angestellt worden. Dass Clemenceau und seine Nachfolger im Amt des französischen Ministerpräsidenten Memel zu einem zweiten Zugang zum Meer für das verbündete Polen machen wollten, war schon den zeitgenössischen Beobachtern der internationalen Politik bekannt.³ Vor allem von litauischer Seite wurde stets betont und kritisiert, dass die Präsenz alliierter Truppen an der Ostsee auch dazu genutzt wurde, um Druck auf die litauische Regierung auszuüben und diese zu einer konzilianteren Haltung gegenüber den Vereinigungswünschen der polnischen Staatsführung zu bewegen.⁴ In dem von nationalen Leidenschaften stark geprägten deutschsprachigen Schrifttum der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurde hingegen vermutet, dass die Franzosen von Anfang an die Annexion größtmöglicher Teile des deutschen Vorkriegsterritoriums bezweckten und diese, sofern sie nicht direkt an Frankreich angegliedert werden konnten, in abhängige Gebiete oder innereuropäische Kolonien verwandeln wollten. Als besonders gravierendes Ärgernis wurde die gleichzeitige Stationierung alliierter Truppen am Rhein und an der Memel empfunden, hinter der die Absicht zur Einkreisung Deutschlands vermutet wurde. Die sowjetische Historiographie wiederum ging davon aus, dass die Alliierten im Memelgebiet Truppen stationierten, um hier eine starke Militärbasis zu schaffen, von der aus sie effektiv im russischen Bürgerkrieg intervenieren und die Nachschubwege für die konterrevolutionären weißen Armeen sichern konnten.⁵

³ Arnold J. Toynbee, *Survey of International Affairs 1920–1923*. Oxford 1925, S. 256 f.

⁴ Robertas Žiugžda, *Po Diplomacijos Skraiste. Klaipėdos kraštas imperialistinių valstybių planuose 1919–1924 metais* (Unter dem Deckmantel der Diplomatie. Das Memelland in den Plänen der imperialistischen Mächte 1919–1924). Vilnius 1973, S. 81 ff. u. 212.

⁵ A.F. Rubzov, *Die Politik Frankreichs bezüglich des Memelgebietes 1920–1922*, in: *Probleme der internationalen Beziehungen in Geschichtsschreibung und Quellenstudien. Studien der staatlichen Universität Tomsk*, in *Memoriam W.W. Kubitschow*. Tomsk 1970, S. 109–115, hier S. 110; Robertas Žiugžda, *Klaipėdos klausimas 1919 m. Paryžiaus Taikos konferencijoje* (Die Memelfrage auf der Pariser Friedenskonferenz 1919), in: *Lietuvos TSR Aukštųjų Mosklo Darbai, Istorija XI* (1970), S. 87–98, hier S. 98.

1. Historiografischer Überblick

In der historischen Forschung über Memel und seine Umgebung wurde der Zeitraum zwischen dem Ende des Ersten Weltkrieges und dem Beginn der Verhandlungen über die Memelkonvention oft übergangen oder nur beiläufig gestreift. Überblickswerke zur deutschen und europäischen Geschichte erwähnen allenfalls die Abtrennung des Gebietes vom Deutschen Reich infolge der Versailler Friedensordnung und weisen dann wieder auf den litauischen Handstreich vom 10. Januar 1923 hin, in dessen Folge das Gebiet als autonome Provinz in den litauischen Staatsverband eingegliedert wurde. Ausführlicher widmeten sich verschiedene Politologen, Juristen und die interdisziplinär arbeitenden Wissenschaftler der damaligen Ostforschung in den 20er und 30er Jahren dem Thema.⁶ Wegen ihrer oft einseitigen und ergebnisorientierten Darstellungsweise sind viele Veröffentlichungen aus der Zwischenkriegszeit jedoch nur bedingt dazu geeignet, als verlässliche Informationsquelle über die damaligen Verhältnisse im Memelgebiet zu dienen. Die Mehrzahl der damaligen Autoren war nicht an einem wissenschaftlichen Dialog interessiert, sondern an einer Einflussnahme auf den Fortgang der beschriebenen Vorgänge durch die Begründung eines juristischen oder moralischen Anspruchs.

Vergleichsweise objektive Darstellungen zur „Memelfrage“, die auch den Zeitraum vor 1923 abdecken, wurden 1928 von Friedrich Janz und 1932 von Rudolfas Valsonokas vorgelegt.⁷ Neben diesen bis heute nicht ersetzten Monografien gibt es noch eine Handvoll quellengestützter Arbeiten aus den 30er und 40er Jahren, in denen auf der Grundlage der damals zugänglichen Informationen die politik- und diplomatiegeschichtlichen Ereignisse geschildert werden.⁸

⁶ Ganß, *Verhältnisse* (wie Anm. 2); Rolf Schierenberg, *Die Memelfrage als Randstaatenproblem*. Berlin 1925; Fred Hermann Deu, *Das Schicksal des deutschen Memelgebietes. Seine wirtschaftliche und politische Entwicklung mit der Revolution*. Berlin 1927; Ernst Friesecke, *Das Memelgebiet, eine völkerrechtsgeschichtliche und politische Studie*. Stuttgart 1928; Felix Borchardt, *Memel*, in: *10 Jahre Versailles*, hrsg. v. Karl C. von Loesch u. Max Hildebert Boehm. Berlin 1930, S. 283-304; als Sonderdruck unter dem Titel: *Das politische Schicksal des deutschen Memellandes in den ersten zehn Jahren nach Versailles*. Berlin 1930; Friedrich Kopp, *Der Kampf um das Memelland. Ein Abriss seiner politischen Geschichte*. Berlin 1935.

⁷ Friedrich Janz, *Die Entstehung des Memelgebietes. Zugleich ein Beitrag zur Entstehungsgeschichte des Versailler Vertrags*. Berlin 1928; Rudolfas Valsonokas, *Klaipėdos problema (Das Memelproblem)*. Klaipėda 1932; fotomechanische Reproduktion Vilnius 1989.

⁸ Marija Urbšienė, *Klaipėdos Krašto istorijos parašėjė, 1900–1930 (Bemerkungen zur Geschichte des Memelgebiets, 1900–1930)*. Kaunas 1934; Thorsten Vaino

Nach Ablauf der Sperrfristen für die einschlägigen Bestände der staatlichen Archive ist die verbesserte Quellenlage in Westeuropa lange Zeit nicht genutzt worden, um die in der älteren Literatur aufgestellten Thesen zu überprüfen. Auch Ernst-Albrecht Plieg hat mit seiner 1960 vorgelegten Dissertation über „Das Memelland 1920–1939“ die hinsichtlich der frühen 20er Jahre bestehende Forschungslücke nicht geschlossen. Seine vorrangig regionalgeschichtlich ausgerichtete Arbeit zeichnet sich zwar durch eine intensive Auswertung der in Deutschland verfügbaren Archivbestände aus, sie behandelt aber die Ereignisse bis 1923 in aller Knappheit lediglich als Auftakt für den eigentlichen Untersuchungsgegenstand: „Deutsche Autonomiebestrebungen im litauischen Gesamtstaat“.⁹ Romuald Misiūnas hat das Thema „Versailles and Memel“ in einem Aufsatz von 1968 neu aufgegriffen. Er stützt sich in seiner Untersuchung aber weiterhin auf die Vorkriegsliteratur, die Memoiren verschiedener Akteure und einen von der litauischen Regierung 1923 publizierten Quellenband.¹⁰ In der litauischen Geschichtsschreibung ist der Geschichte des Memelgebietes im 20. Jahrhundert immer viel Aufmerksamkeit entgegengebracht worden. Insbesondere Robertas Žiugžda hat sich in seinen auf litauisches und sowjetisches Archivmaterial gestützten Arbeiten über das Memelgebiet und andere zwischenstaatliche Probleme der Zwischenkriegszeit auch mit den Ereignissen im Anschluss an den Ersten Weltkrieg auseinandergesetzt.¹¹

In den älteren Darstellungen wird die wechselvolle Geschichte des Memelgebiets im 20. Jahrhundert fast durchweg als die eines anhaltenden deutsch-litauischen Gegensatzes beschrieben. Erst nach der Überwindung der Blockkonfrontation erschienen vermehrt wissenschaftliche Beiträge, in denen die memelländische Geschichte nicht mehr ausschließlich als Anhängsel der deutschen oder litauischen Nationalgeschichte aufgefasst wird.¹² Viele Forschungslücken sind seitdem geschlossen worden. Neuere diplomatiegeschichtliche Unter-

Kalijarvi, *The Memel Statute. Its Origin, Legal Nature, and Observation to the Present Day*. London 1937; Walter Schätzel, *Das Reich und das Memelland. Das politische und völkerrechtliche Schicksal des Deutschen Memellandes bis zu seiner Heimkehr*. Berlin 1943.

⁹ Ernst-Albrecht Plieg, *Das Memelland 1920–1939. Deutsche Autonomiebestrebungen im litauischen Gesamtstaat*. Würzburg 1962 (Phil. Diss., Bonn 1960).

¹⁰ Romuald J. Misiūnas, *Versailles and Memel*, in: *Lituanus* 14 (1968), H. 1, S. 65–93.

¹¹ Žiugžda, *Klaipėdos klausimas* (wie Anm. 5); Žiugžda, *Po Diplomacijos* (wie Anm. 4).

¹² Vytautas Žalys, *Kova dėl identiteto. Kodėl Lietuvai neišisekė Klaipėdoje tarp 1923–1939 m. / Ringen um Identität. Warum Litauen zwischen 1923 und 1939 im Memelgebiet keinen Erfolg hatte*. Lüneburg 1993; Joachim Tauber, *Der unbekann-*

suchungen und Arbeiten mit kulturanthropologischen Forschungsansätzen zeichnen ein sehr viel differenzierteres Bild von der Geschichte des Memelgebietes, das es heute erlaubt, die Legendenbildungen der nationalistischen Epoche ad acta zu legen.¹³ Auch bei den neuen Veröffentlichungen über das Memelgebiet bleibt der Fokus der Untersuchung jedoch meist auf das deutsch-litauische Verhältnis gerichtet.

2. Der Rechtsstatus des „Territoire de Memel“

Durch das Defizit in der Auswertung insbesondere der französischen Quellen ist es zu erklären, dass bis heute auch in Fachtexten gelegentlich noch angegeben wird, das Memelgebiet sei in den frühen 20er Jahren ein Mandat unter der Aufsicht des Völkerbundes gewesen.¹⁴ Tatsächlich war der völkerrechtliche Status des Territoriums zu jener Zeit jedoch alles andere als verbindlich geregelt. In Ermangelung eines gesonderten Besatzungsstatuts konnte nur der Versailler Friedensvertrag als Rechtsgrundlage für die Stationierung der alliierten Truppen erhalten. Dort sind verbindliche Aussagen über die unmittelbare und mittelfristige staatsrechtliche Zukunft des Landstriches nicht zu finden. In deutlichem Kontrast zu zahlreichen anderen Bereichen des Vertrages, die sich durch eine große Regelungsdichte auszeichnen, besteht das Kapitel über Memel nur aus einem einzigen Artikel (Art. 99), in dem bestimmt wird: „Deutschland verzichtet zugunsten der alliierten und assoziierten Hauptmächte auf alle Rechte und Ansprüche auf die Gebiete zwischen der Ostsee, der in Art. 28 Teil II (Deutschlands Grenzen) des gegenwärtigen Vertrages beschriebenen Nordostgrenze Ostpreußens und den alten deutsch-russischen Grenzen. Deutschland verpflichtet sich, die von den alliierten und

te Dritte: Die Kleinlitauer im Memelgebiet 1918–1939, in: „Der Fremde im Dorf“. Überlegungen zum Eigenen und zum Fremden in der Geschichte. Rex Rexheuser zum 65. Geburtstag, hrsg. v. Hans-Jürgen Bömelburg u. Beate Eschment. Lüneburg 1998, S. 85-104.

¹³ Manfred Klein, Die versäumte Chance zweier Kulturen. Zum deutsch-litauischen Gegensatz im Memelgebiet, in: Nordost-Archiv N.F. II (1993), H. 2, S. 317-359; Karl-Heinz Ruffmann, Deutsche und litauische Memelpolitik in der Zwischenkriegszeit. Ein Vergleich, in: Ebenda, S. 217-233; Joachim Tauber, Die Memelfrage im Rahmen der deutsch-litauischen Beziehungen 1919–1939, in: Deutschland und Litauen. Bestandsaufnahmen und Aufgaben der historischen Forschung, hrsg. v. Norbert Angermann u. Joachim Tauber. Lüneburg 1995, S. 107-118.

¹⁴ Jacques Binoche, Histoire des relations franco-allemandes de 1789 à nos jours. Paris 1996, S. 122.

assoziierten Hauptmächten hinsichtlich dieser Gebiete, insbesondere über die Staatsangehörigkeit der Einwohner getroffenen Bestimmungen anzuerkennen.“¹⁵

Nachdem der US-Kongress seine Zustimmung zu den Pariser Vorortverträgen verweigert hatte, bestand die Gruppe der alliierten und assoziierten Hauptmächte, denen nun formell die Hoheitsrechte über den so umrissenen Küstenstreifen am südöstlichen Ufer der Ostsee zufielen, aus den verbleibenden Großmächten der Kriegscoalition, dem Britischen Empire, Frankreich, Italien und Japan. Formell blieben diese vier Mächte für die Geschicke des Territoriums kollektiv verantwortlich. Faktisch verwaltete Frankreich es in Kooperation mit den lokalen Eliten allein.

Das Memelgebiet war in dieser Zeit ein eigenständiges Zollgebiet. Es hatte die Reichsmark als Währung,¹⁶ führte aber eigene Hoheits-symbole.¹⁷ Eine als kurzfristiges Provisorium konzipierte Regierungs- und Verwaltungsorganisation mit einem Hohen Repräsentanten der alliierten Hauptmächte an der Spitze hatte immerhin drei Jahre Bestand. Nicht nur die Nationalität vieler Einwohner des Territoriums war umstritten; auch bezüglich ihrer Staatsangehörigkeit wurden verschiedene Auffassungen vertreten. Während die deutschen Behörden davon ausgingen, „daß die Memeler noch als Deutsche anzusehen seien“,¹⁸ sprachen die Alliierten von ihnen schon 1920 als „citoyens de Memel“¹⁹ oder auch „nationaux de Memel“.²⁰

Im Hinblick auf die von mehreren Staaten gemeinsam ausgeübte Gebietshoheit wurde das „Territoire de Memel“ von Völkerrechtlern

¹⁵ Reichsgesetzblatt (RGBl.) 1919, Nr. 140, S. 687-1349, Art. 99: Gesetz über den Friedensschluß zwischen Deutschland und den alliierten und assoziierten Mächten vom 16.7.1919 (Versailler Vertrag).

¹⁶ Schätzel, Reich (wie Anm. 8), S. 107.

¹⁷ Die Botschafterkonferenz verlieh dem Gebiet auf Vorschlag Odrys die gelb-rote Fahne mit dem Memeler Stadtwappen als Flagge für den internationalen Schiffsverkehr. Archives du Ministère des Affaires Etrangères de la République Française (AMAEF), Conférence de Paix (CP), Partie VIII, N° 69, 18 (VI), S. 32: Récueil des résolutions de la Conférence des ambassadeurs, 11.3.1920.

¹⁸ Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik (ADAP), Serie A, Bd. III, Dok. Nr. 156, S. 279: Richtlinien zur Behandlung des Memelgebietes, Mai 1920; Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PAAA), Akten der Abt. IV, Memel, Po 2, Bd. 1: Außenminister Simons an Fehrenbach und Braun, 12.1.1921.

¹⁹ AMAEF, CP, VIII, N° 69, 67 (VI), S. 129: Récueil des résolutions de la Conférence des ambassadeurs, 26.2.1920.

²⁰ AMAEF, Série Z, Sous-série Memel, N° 1, S. 213: Handschriftlicher Entwurf des Direktors der Abteilung ‚affaires politiques et commerciales‘ auf der Grundlage von Notizen des Rechtsberaters Fromageot, 10.8.1920.

als „Kondominium“²¹ oder „Koimperium“²² bezeichnet. Da die Staatsgewalt nicht aus dem Gebiet selbst erwuchs, sondern auf die Rechte der vier Hauptmächte zurückgeführt wurde, war das Memelgebiet kein eigenständiger Staat und auch kein Protektorat, sondern lediglich ein „staatsähnliches Gebilde“ oder „Staatsfragment“.²³

3. Pläne für die staatsrechtliche Zukunft des Memelgebietes

Unklarer noch als die vielen offenen Gegenwartsfragen war die Zukunft des schmalen Landstrichs am rechten Unterlauf der Memel. Eine Angliederung an Litauen war in Aussicht gestellt worden. Viele Bewohner hofften aber auf eine Rückkehr zum Deutschen Reich oder wenigstens auf die Errichtung eines unabhängigen Staates nach dem Modell Danzig. Pläne für die Gründung eines „Freistaats Memelland“ wurden bereits ausgearbeitet²⁴ und auf internationalen Konferenzen in Paris und Genf diskutiert. Die Besatzungsmacht war aber nicht gewillt, in ihrem nordosteuropäischen Vorposten ohne Gegenleistung alle Fäden aus der Hand zu geben. Für den Fall, dass ihr eigentliches Ziel, die Vereinigung des Memelgebietes und ganz Litauens mit Polen, nicht verwirklicht werden könnte, operierten die verantwortlichen Handlungsträger am Quai d’Orsay mit Konzepten, welche der Entstehung eines französischen Gibraltar an der Ostsee nahe gekommen wären. In einer Zeit, in der die alte Kriegskoalition in der Auseinandersetzung über die Implementierung der Nachkriegsordnung beständig auseinanderzubrechen drohte, konnte eine einvernehmliche Regelung unter den beteiligten Mächten jedoch lange nicht gefunden werden. Mit dem Einmarsch irregulärer Einheiten der litauischen Armee am 10. Januar 1923 wurde das dauerhafte Provisorium der alliierten Besatzung abrupt beendet. Wie zuvor schon andere Grenzkonflikte in der Region wurde auch die Memelfrage erst infolge der Anwendung militärischer Gewalt einer Lösung zugeführt.

²¹ Friesecke, Memelgebiet (wie Anm. 6), S. 21; Joachim Hallier, Die Rechtslage des Memelgebiets. Eine völker- und staatsrechtliche Untersuchung der Memelkonvention. Leipzig 1933, S. 15; Schätzel, Reich (wie Anm. 8), S. 95.

²² Joachim Wallat, Die völkerrechtliche Stellung des Memelgebietes. Frankfurt a.M. 1991, S. 21 f.

²³ Friesecke, Memelgebiet (wie Anm. 6), S. 25; Gilbert Hanno Gornig, Das Memelland. Gestern und heute. Eine historische und rechtliche Betrachtung. Bonn 1991, S. 78; Wallat, Stellung (wie Anm. 22), S. 21.

²⁴ Denkschrift der wirtschaftlichen Körperschaften und Verbände zur Selbständigkeit des Memelgebietes. Memel 1921.

4. Die Memelfrage auf der Pariser Friedenskonferenz

Das gewaltsame Ende der isolierten Entwicklung des Memelgebietes wirft die Frage auf, wie es überhaupt zur Einrichtung eines von alliierten Truppen besetzten Territoriums im Grenzraum zwischen Deutschland und Litauen kam. Die Entscheidung dazu fiel auf der Pariser Friedenskonferenz und war Teil einer ambitionierten Nachkriegsordnung, die es sich zum Ziel gesetzt hatte, die Staatsgrenzen auf dem Gebiet der im Krieg unterlegenen Kaiserreiche mit dem Nationalitätenprinzip in Einklang zu bringen. Anhand der in Form redigierter Ergebnisprotokolle überlieferten Konferenzakten kann der Verhandlungsverlauf zumindest der offiziellen Gremien dieser bis dahin größten und komplexesten aller internationalen Konferenzen heute annähernd nachvollzogen werden.

In Paris wurde erstmals zur Lösung der vielen zwischenstaatlichen Probleme, die sich im Laufe der vergangenen Jahrzehnte angestaut hatten und die der Krieg neu aufgeworfen hatte, auf die Ergebnisse zahlreicher Expertengruppen zurückgegriffen. Jede der Großmächte hatte bereits vor Kriegsende eigene Studienkomitees ins Leben gerufen, die unter anderem dazu angehalten waren, anhand wissenschaftlich objektiver Kriterien Materialien zu sammeln, die als Grundlage für die Abgrenzung der neu entstehenden Staaten in Mittel- und Osteuropa dienen sollten.²⁵ In dem Bericht des am Geographischen Institut der Sorbonne angesiedelten und mit namhaften Wissenschaftlern besetzten „Comité d'Etudes“ wurde über die Bevölkerung im nördlichen Ostpreußen ausgeführt: „Dans les parties lituaniennes de la Prusse de 1914, le nombre des sujets parlant lituanien ne paraît guère dépasser 150000; presque tous sont bilingues et ont l'allemand pour langue de civilisation. L'emploi du lituanien dans un certain nom-

²⁵ Über die Vorbereitungen des britischen Civil Service für die Friedenskonferenz: David Lloyd George, *Memoirs of the Peace Conference*. Bd. 1, New York 1972; Reprint der Ausgabe von 1939 mit dem Titel „The Truth about the Peace Treaties“, S. 131f.; zu der bei der Historical Section des Foreign Office eingerichteten Studiengruppe: Urbšienė, *Klaipėdos Krašto* (wie Anm. 8), S. 7; Stasys Daukša, *Le régime d'autonomie du Territoire de Klaipėda*. Paris 1937, S. 26; über das in New York bei der American Geographical Society angesiedelte Expertengremium „Inquiry“: *The Intimate Papers of Colonel House, arranged as a narrative by Charles Seymour*, hrsg. v. Charles Seymour. Bd. III, London 1928, S. 174 ff.; über das französische Comité d'Etudes: Jacques Bariéty, *Le „Comité d'études“ du Quai d'Orsay et la frontière rhénane (1917–1919)*, in: *L'établissement des frontières en Europe après les deux guerres mondiales*, hrsg. v. Christian Baechler u. Carole Fink. Bern 1996, S. 249–262, hier S. 251–254; Charles Benoist, *Souvenirs*. Bd. III (1902–1933), Paris 1933, S. 324–330.

bre de localités rurales n'est qu'une survivance.“²⁶ Solche ethnografischen und linguistischen Expertisen wurden bei den eigentlichen Friedensverhandlungen unter den Alliierten als Diskussionsgrundlage gebraucht. Im Entscheidungsprozess stellten sie aber nur eines von mehreren Kriterien dar. Oft wirkten sich wirtschafts-, verkehrs- und verteidigungspolitische Erwägungen zuungunsten der Kriegsverlierer aus.

Mit der Ausarbeitung eines Entwurfs für das nördliche Teilstück der zukünftigen deutschen Ostgrenze wurde in Paris die „Commission des Affaires polonaises“ betraut.²⁷ Damit war bereits eine wichtige Vorentscheidung getroffen worden. Denn Deutschland grenzte im Osten nicht nur an Polen. Im nordöstlichen Ostpreußen, in einem Gebiet beiderseits der Memel, das von den Litauern Kleinlitauen genannt wird, ging der deutsche Siedlungsraum in den der Litauer über. Dieser Umstand wurde von den Alliierten zunächst ignoriert, da sie davon ausgingen, dass sich die baltischen Litauer, obwohl sie mit den Polen nur die mehrheitlich katholische Konfession und die frühere Zugehörigkeit zu dem im späten 18. Jahrhundert aufgeteilten polnisch-litauischen Doppelreich verband, in eine Wiederbelebung der alten „Rzeczpospolita“ würden einfügen lassen.

Zur Memelfrage auf der Pariser Friedenskonferenz wurde bisher auf der Grundlage von Memoirenliteratur²⁸ und in jüngerer Zeit auch anhand der schriftlichen Hinterlassenschaften der litauischen Friedensdelegation geforscht.²⁹ Durch die Auswertung der im litauischen Staatsarchiv zu findenden Materialien kann die Behandlung litauischer Belange auf der Friedenskonferenz aber nur sehr bedingt rekonstruiert werden. Zu beachten ist, dass die litauische Delegation mit Außenminister Augustinas Voldemaras und Finanzminister Martinas Yčas an der Spitze wegen ihrer engen Beziehungen zum Deutschen Reich von den Alliierten offiziell nicht als Teilnehmer der Friedenskonferenz anerkannt war und folglich kaum Einfluss auf den

²⁶ Der Abgeordnete und Mitgründer des 1917 eingesetzten „Comité d'Etudes“, Charles Benoist, legte am 6.8.1919 vor der französischen Deputiertenkammer einen Bericht über die neuen Grenzen Deutschlands vor, in dem er ausführlich aus der bereits vor Kriegsende abgeschlossenen Dokumentation der Studienkommission zitiert. Charles Benoist, *Les nouvelles frontières d'Allemagne et la nouvelle carte d'Europe*. 3. Aufl., Paris 1920, S. 3-184, hier S. 150.

²⁷ AMAEF, Z, Memel, N° 49, S. 1: Commission des affaires polonaises.

²⁸ Misiūnas, Versailles (wie Anm. 10).

²⁹ Aldona Gaigalaitė, *Lietuva Paryžiuje 1919 metais* (Litauen in Paris 1919). Kaunas 1999.

Gang der Verhandlungen nehmen konnte.³⁰ Nachdem ihren Mitgliedern durch die Verweigerung von Visa schon die Anreise zum Verhandlungsort fast unmöglich gemacht worden war, konnten die Abgesandten der litauischen Regierung sich nur unter größten Schwierigkeiten in Paris installieren, um ihrem Land bei der anstehenden Weltkonferenz eine Stimme zu verleihen.³¹

Sehr viel besser gestellt war die polnische Delegation. Das Polnische Nationalkomitee (KNP) galt seinen Verbündeten schon vor Kriegsende als Organ eines „unabhängigen kriegführenden Alliierten“.³² In den 14 Punkten des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson, die allgemein als Grundlage für eine zukünftige Friedensordnung anerkannt waren, war Polen als einzigem der neu entstehenden Staaten ausdrücklich der Anspruch auf „political and economic independence and territorial integrity“ zuerkannt worden. Außerdem wurde Polen „free and secure access to the sea“ versprochen.³³ Nach dem Zusammenbruch des zaristischen Russland wurde Polen vor allem für Frankreich zum wichtigsten Bündnispartner im Osten. Die französischen Delegierten machten sich in den Entscheidungsgremien der Konferenz, in denen nur die Vertreter der fünf alliierten und assoziierten Hauptmächte Sitz und Stimme hatten, stets zum Fürsprecher ihrer polnischen Partner.

Zum ersten Mal wurde die Frage der ostpreußischen Grenze von Roman Dmowski, dem Präsidenten des KNP, in einem offiziellen Gremium der Friedenskonferenz angesprochen. Dmowski war am 29. Januar 1919 als erster Vertreter eines Staates mit „special interests“ vor den „Conseil des Dix“, das mit den Regierungschefs und den Außenministern der Hauptmächte besetzte oberste Leitungs- und Entscheidungsgremium der Konferenz, gerufen worden und erläuterte dort die Vorstellungen seiner Delegation zu den zukünftigen Grenzen des polnischen Staates. Dieser sollte alle Gebiete enthalten, die 1772 zu

³⁰ Offizielle Konferenzteilnehmer waren nur Vertreter derjenigen Staaten, die aktiv oder durch den Abbruch der diplomatischen Beziehungen den Krieg gegen Deutschland und seine Verbündeten unterstützt hatten.

³¹ Alfred Erich Senn, *The Emergence of Modern Lithuania*. New York 1959, S. 88 ff.; Gaigalaitė, Lietuva (wie Anm. 29), S. 7 f.

³² AMAEF, Z, Pologne, N° 66: Französisches Außenministerium (MAE) an Polnisches Nationalkomitee (KNP), 28.9.1918, zit. nach: Ghislain de Castelbajac, *La France et la Question Polonaise (1914–1918)*, in: *Recherches sur la France et le problème des nationalités pendant la première Guerre mondiale*, hrsg. v. Georges-Henri Soutou. Paris 1995, S. 39–102, hier S. 96; Kalervo Hovi, *Cordon sanitaire or barrière de l'est? The Emergence of the New French Eastern European Alliance Policy 1917–1919*. Turku 1975, S. 128.

³³ Seymour, *Intimate Papers* (wie Anm. 25), Bd. IV, S. 209.

der alten Adelsrepublik gehört hatten, und im Westen zusätzlich jene Gebiete östlich der Oder mit einschließen, die seit dem Mittelalter germanisiert worden waren. Für Ostpreußen sah diese Konzeption die Reduzierung auf einen Kernbereich um Königsberg vor, der als unabhängige Republik eine Wirtschaftsunion mit Polen eingehen sollte. Die Randzonen einschließlich der Regionen mit litauischsprachigem Bevölkerungsanteil wünschte Dmowski direkt dem zukünftigen polnischen Staatswesen unterstellt zu sehen.³⁴

Diese Maximalforderungen kollidierten mit den Vorstellungen der britischen und amerikanischen Konferenzteilnehmer. Diese wollten nicht einen *Status quo ante* wiederherstellen, der die Ergebnisse der Ostkolonisation rückgängig gemacht hätte, sondern zumindest eine ungefähre Übereinstimmung der künftigen Staatsgrenzen mit den im Einzelfall schwierig zu bestimmenden gegenwärtigen ethnografischen Grenzen erreichen.³⁵ Die Vertreter der Gastgebernation dagegen wirkten auf eine dauerhafte Veränderung des europäischen Machtgewichts hin und führten zugunsten ihrer Verbündeten immer wieder Faktoren wie günstige Verkehrswege, Verteilung von Bodenschätzen und potenzielle Verteidigungslinien an.

Zur Ausarbeitung einer Vorlage über die polnische Westgrenze wurde eine gesonderte Unterkommission eingesetzt. Dieses kleine Gremium, das aus einem französischen Armeegeneral, einem britischen Leutnant und dem Direktor der Amerikanischen Geographischen Gesellschaft bestand, benötigte zur Bewältigung der ihm gestellten Aufgabe nur vier Tage.³⁶ Auf ihrer dritten und letzten inhaltlichen Sitzung am 6. März 1919 verständigte sich die Unterkommission, nachdem sie zuvor, von Süden nach Norden der künftigen deutsch-polnischen Grenze folgend, einzelne Problemfälle abgearbeitet hatte, auf die Grenzziehung im nördlichen Ostpreußen.

Offenbar handelten die Beteiligten unter großem Zeitdruck. Denn noch am Nachmittag desselben Tages musste General Le Rond als Vorsitzender der Unterkommission deren Ergebnisse vor der

³⁴ Beratungen des „Conseil des Dix“, 29.1.1919, in: Papers relating to the Foreign Relations of the United States (FRUS), The Paris Peace Conference 119 (PPC). Bd. III, Washington 1943, S. 778 ff.

³⁵ Esme Howard of Penrith, *Theatre of Life: Life seen from the Stalls*. Bd. II, Boston 1936, S. 273 ff.; Harold I. Nelson, *Land and Power. British and Allied policy on Germany's Frontiers 1916–19*. London/Toronto 1963, S. 148 f.; Kay Lundgreen-Nielsen, *The Polish Problem at the Peace Conference. A study of the policies of the Great Powers and the Poles, 1918–1919*. Odense 1979, S. 173.

³⁶ AMAEF, CP, IV, N° 50, S. 305: Commission des affaires polonaises (Sous-commission), 1.3.1919.

Kommission für polnische Angelegenheiten vortragen. Nachdem die Mitglieder der Unterkommission längere Zeit über die Grenzziehung am rechten Weichselufer und in Masuren debattiert hatten, einigten sie sich ohne Kontroversen über das letzte Teilstück ihres Projekts. In dem offiziellen Sitzungsprotokoll ist dazu lediglich festgehalten: „Les trois délégués s'accordent sur la frontière suivante: A partir de l'intersection de la ligne Nord de la région soumise au plébiscite, la nouvelle frontière suivra, jusqu'au Memel (Niémen) l'ancienne frontière entre Allemagne et Russie, puis le Memel (thalweg) jusqu'au débouché de sa branche Sud (branche d'Helenawerder) dans le Kurisches-Haff; Ensuite, la ligne allant de cette embouchure au point où la limite administrative coupe le Kurische-Nehrung (Sud de Nidden) et enfin, cette limite administrative.“³⁷

Interessenvertreter aus Deutschland, Litauen oder der betroffenen Region selbst waren von der Unterkommission nicht angehört worden. Versuche, sich in die Verhandlungen einzubringen, wurden aber von verschiedener Seite unternommen. Unter dem Eindruck der militärischen Niederlage und der Novemberrevolution formierte sich im nördlichen Ostpreußen eine Gruppe der preußischen Litauer, die bis dahin als besonders treue Untertanen der preußischen Könige und deutschen Kaiser gegolten hatten, zu einem „Nationalrat der Preußisch-Litauer“ („Prūsų Lietuvos tautinės taryba“),³⁸ um im Namen der litauischstämmigen Einwohner Preußens die „Anlehnung Kleinlitauens an Großlitauen“ („priglaudimą Mažiosios Lietuvos prie Didžiosios Lietuvos“) zu fordern.³⁹

Ihre Erklärung erreichte die Alliierten in Paris ebensowenig wie die zahlreichen Resolutionen und Unterschriftensammlungen, in denen sich Stadtverordnetenversammlungen, Kreistage und viele Einzelbürger im späteren Memelgebiet für einen Verbleib bei Deutschland ausgesprochen hatten. Die Regierung Scheidemann hielt es offenbar für taktisch klug, diese Treuebekundungen zunächst zentral in Berlin zu sammeln, um sie später bei den in Aussicht gestellten Verhandlungen mit den ehemaligen Kriegsgegnern als Beleg für die starke

³⁷ AMAEF, CP, IV, N° 50, S. 317: Commission des affaires polonaises (Sous-commission), 6.3.1919.

³⁸ Vytautas Žalys, Das Memelproblem in der litauischen Außenpolitik, in: Nordost-Archiv N.F. II (1993), H. 2, S. 235-278, hier S. 243.

³⁹ Prūsų Lietuvos tautinės tarybos pareiškimas (Erklärung des Nationalrates von Preußisch-Litauen) vom 30.11.1918, später bekannt als Tilsiter Akt (Tilžės Aktas), in: Domas Kaunas, Mažosios Lietuvos veidai ir vaizdai (Gesichter und Bilder Kleinlitauens). Vilnius 2000, S. 132.

Verbundenheit der Memelländer mit dem Deutschen Reich präsentieren zu können.⁴⁰

Aus anderen Gründen schreckte die litauische Delegation in Paris davor zurück, die Vereinigung Kleinlitauens mit den von Litauern bewohnten Gebieten des untergegangenen Zarenreiches, dem so genannten Großlitauen, offensiv einzufordern. Voldemaras und seine Mitstreiter repräsentierten eine Regierung, die aus einem während des Krieges von der deutschen Besatzungsmacht eingesetzten Selbstverwaltungsorgan hervorgegangen war.⁴¹ Auch nach dem offiziellen Kriegsende konnte diese angesichts der anhaltenden Stationierung von Reichswehrtruppen auf litauischem Territorium und intensiver ökonomischer Verflechtungen⁴² mit Deutschland gegenüber der Reichsregierung nicht so unabhängig agieren, wie dies in zwischenstaatlichen Beziehungen normalerweise der Fall ist.

Dennoch wurde auf der Sitzung der litauischen Friedensdelegation am 10. März 1919 damit begonnen, „zu beraten, ob die Kleinlitauenfrage mit den litauischen Angelegenheiten verbunden werden sollte“.⁴³ In Ermangelung klarer Weisungen aus Kaunas konnten die Delegierten sich jedoch untereinander nicht auf eine gemeinsame Linie in Grenzfragen einigen. Bevor ein einheitliches Konzept der litauischen Regierung über die angestrebten Grenzen ihres Staates vorlag, hatten die Alliierten sich über die Grenzziehung an der Memel bereits verständigt. Noch am Nachmittag des 6. März 1919 schloss die Kommission für polnische Angelegenheiten ihre Beratungen über die Ostgrenze Deutschlands ab. Mit Ausnahme einiger kleinerer Korrekturen im Bereich der vorgesehenen Abstimmungsbezirke im südlichen Ostpreußen nahm sie die Vorschläge der Unterkommission zur Erarbeitung der polnischen Westgrenze nach kurzer Beratung an.⁴⁴

Nun musste noch entschieden werden, an wen die von Deutschland abzutretenden Gebiete vorläufig übergeben werden sollten. Der französische Delegierte Le Rond sprach sich dafür aus, alle jenseits der neuen Grenzlinie liegenden Gebiete als Teil des polnischen Staates zu verstehen. Leutnant Kisch machte aber auf den Landstreifen entlang

⁴⁰ Ganß, *Verhältnisse* (wie Anm. 2), S. 80; Janz, *Entstehung* (wie Anm. 7), S. 61.

⁴¹ Constantine Rudyard Jugėla, *History of the Lithuanian Nation*. New York 1948, S. 507.

⁴² Im Dezember 1918 hatte die Reichsregierung der litauischen Regierung einen Millionenkredit als Anschubfinanzierung für den Aufbau einer eigenen Administration zukommen lassen. Senn, *Emergence* (wie Anm. 31), S. 54 f.

⁴³ Gaigalaitė, *Lietuva* (wie Anm. 29), S. 66.

⁴⁴ AMAEF, CP, IV, N° 49, S. 18 f.: *Commission des affaires polonaises*, 6.3.1919.

des rechten Ufers der Memel aufmerksam. Solange noch nicht entschieden sei, „si la Lithuanie deviendra un État indépendant ou fera partie d'une fédération indépendante“, drängte er im Namen der britischen Delegation darauf, ihn provisorisch den alliierten und assoziierten Regierungen zu unterstellen.⁴⁵ Eine entsprechende Empfehlung wurde in den Abschlussbericht für das mittlerweile als „Conseil des Quatre“ tagende Führungsgremium der Friedenskonferenz übernommen. Darin wies die Kommission für polnische Angelegenheiten die Regierungschefs insbesondere auf die wirtschaftliche Funktion hin, welche die Memel als Ausfuhrweg für die Regionen am Oberlauf des Flusses habe.⁴⁶

Die Entscheidung musste von den Regierungschefs der Großmächte jetzt nur noch abgesehen werden. Am 18. April 1919 beschäftigten diese sich im „Conseil des Quatre“ nach einer Reihe weitreichender Entscheidungen über ungelöste Probleme im Rheinland, in der Ukraine, in China und in Polen zum ersten und einzigen Mal in offizieller Sitzung mit dem Memelgebiet. Nachdem der Chefdolmetscher Paul Mantoux sie auf die vorgesehene Grenzziehung aufmerksam gemacht und erläutert hatte, dass beabsichtigt sei, den Landstreifen nördlich des Flusses einschließlich der Stadt Memel von Deutschland abzutrennen, entgegnete Lloyd George zunächst: „C'est une question sur laquelle nous aurions besoin de rafraîchir notre mémoire. La population est-elle lithuanienne?“ Nachdem seine Sekretäre dem britischen Premierminister dies bestätigt hatten, stellte er fest: „Je vois, d'après le rapport de la commission, que la frontière tracée par elle correspond à la ligne ethnographique entre Allemands et Lithuaniens et que, d'autre part, Memel est le seul débouché vers la mer que puisse avoir la Lithuanie. Dans ces conditions, je crois que nous ne pouvons qu'adopter les conclusions de la commission des affaires polonaises.“ Da keiner der übrigen Amtsinhaber zu dem Problem Stellung nehmen wollte, war die von der Kommission für polnische Angelegenheiten vorgeschlagene Grenzlinie entlang der Memel damit angenommen.⁴⁷

Erst fünf Tage später, am 23. April 1919, durften Voldemaras und Yčas erstmalig vor einer Unterkommission der Friedenskonferenz vorsprechen, wobei die Alliierten ausdrücklich darauf hinwiesen, dass

⁴⁵ AMAEF, CP, IV, N° 49, S. 42: Commission des affaires polonaises, 12.3.1919.

⁴⁶ AMAEF, CP, IV, N° 49, S. 54-73, hier S. 58: Commission des affaires polonaises, 18.3.1919.

⁴⁷ Conseil des Quatre, 18.4.1919. Paul Mantoux, Les Délibérations du Conseil des Quatre. Notes de l'officier interprète. Bd. I (Jusqu'à la remise à la delegation allemande des conditions de paix). Paris 1955, S. 270 ff.

die Litauer nicht „à titre officiel“ geladen waren, sondern „en tant que personnalités au courant des choses de Lithuanie et susceptibles de donner à la Sous-Commission des indications intéressantes“.⁴⁸ Unmittelbar vor diesem ersten Gesprächstermin hatte die neue Regierung in Kaunas der litauischen Friedensdelegation endlich konkrete Vorgaben für eventuelle Verhandlungen über territoriale Fragen übermittelt.⁴⁹ Die nun in offizieller Form vorliegenden Gebietsansprüche der litauischen Regierung orientierten sich weitgehend an den „Revendications Lithuaniennes“, die Voldemaras am 24. März 1919 dem französischen Ministerpräsidenten Clemenceau hatte zukommen lassen.⁵⁰

Dieses Programm, das sich in vielfältiger Weise mit den Ansprüchen aller Nachbarvölker überschneidet, spielte bei den weiteren Verhandlungen der Alliierten keine Rolle. Den Westmächten war zwar an einer Einbindung der Litauer in ihre antibolschewistische Interessenskoalition gelegen; sie waren aber bis zum Ende der Friedenskonferenz nicht bereit, mit den politischen Repräsentanten dieses baltischen Volkes über eine völkerrechtliche Anerkennung oder weitergehende Forderungen zu diskutieren.

Auch der deutschen Delegation, die bezüglich des Memellandes gänzlich andere Vorstellungen hegte, wurde die ursprünglich in Aussicht gestellte Möglichkeit, nach Abschluss der inneralliierten Beratungen mit den ehemaligen Kriegsgegnern in Verhandlungen einzutreten,⁵¹ kurzfristig wieder abgesprochen. Ihr wurde im Mai 1919 lediglich die Möglichkeit eingeräumt, in schriftlicher Form auf die Friedensbedingungen einzugehen.⁵² In ihren gesammelten Gegenvorschlägen verlangten die Bevollmächtigten des Deutschen Reiches, dass der Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts der Völker „nicht

⁴⁸ AMAEF, CP, IV, N° 50, S. 361: Commission des affaires polonaises (Sous-commission), 23.4.1919.

⁴⁹ Lietuvos Centrinis Valstybės Archyvas (Litauisches Zentrales Staatsarchiv) (LCVA), F. 383, Ap. 7, B. 20, S. 3: Ministerpräsident Sleževičius an die litauische Friedensdelegation, 22.4.1919.

⁵⁰ Revendications Lithuaniennes, Paris 24.3.1919. Henry de Chambon, La Lithuanie pendant la conférence de la paix. Lille 1931, S. 21-26; Janz, Entstehung (wie Anm. 7), S. 99-103. Die von Voldemaras vorgelegte Übersichtskarte ist nach den Angaben von Schätzel identisch mit der Landkarte, die Ehret in seinem Buch aus demselben Jahr wiedergibt (Abbildung 3). Schätzel, Reich (wie Anm. 8), S. 76; Joseph Ehret, Litauen in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Bern 1919, S. 385.

⁵¹ Peter Krüger, Versailles. Deutsche Außenpolitik zwischen Revisionismus und Friedenssicherung. München 1986, S. 16.

⁵² Klaus Schwabe, Germany's Peace Aims and the Domestic and International Constraints, in: The Treaty of Versailles, hrsg. v. Manfred F. Boemeke, Gerald D. Feldman u. Elisabeth Glaser. Washington 1998, S. 37-67, hier S. 52.

nur zuungunsten Deutschlands Anwendung finden“ dürfe. Sie bemerkten, dass „auch die Deutschland zugemutete Abtretung der Handelsstadt Memel in keinerlei Zusammenhang mit einem solchen Selbstbestimmungsrecht der Völker steht“. ⁵³ Zum Memelland wurde ausgeführt: „Die Bewohner dieses Gebietes einschließlich derer, die das Litauische als Muttersprache sprechen, haben die Lostrennung von Deutschland niemals gewünscht. Sie haben sich jederzeit als ein treuer Bestandteil der deutschen Volksgemeinschaft bewährt.“ ⁵⁴

Diese Einwände trafen auf den entschiedenen Widerspruch der Alliierten. In ihrem ultimativen Antwortschreiben begründeten sie die Abtrennung des Memelgebietes ohne Volksabstimmung folgendermaßen: „Les Puissances alliées et associées se refusent à admettre que la cession de la région de Memel soit contraire au principe de nationalité. La région en question a toujours été lithuanienne, la majorité de la population est lithuanienne d'origine et de langue; le fait que la ville de Memel elle-même est en grande partie allemande ne justifierait pas le maintien de toute cette région sous la souveraineté allemande, particulièrement par le fait que le port de Memel est le seul débouché maritime de la Lithuanie.“ ⁵⁵ Abgesehen von dieser Erklärung waren die Alliierten nicht bereit, mit den Kriegsverlierern in einen weitergehenden Dialog einzutreten.

Nach der Lektüre der Protokolle der Pariser Friedenskonferenz kann festgestellt werden, dass von den Alliierten die Einrichtung einer Militärbasis im Osten Deutschlands nicht von Beginn an angestrebt war. Die Sonderbehandlung des Territoriums ergab sich vielmehr aus der geografischen Lage, die eine insbesondere von Frankreich gewünschte Übergabe an Polen unmöglich machte. Litauen wurde wegen der engen Beziehungen seiner Regierung zum Deutschen Reich schlechter gestellt als andere neu entstehende Staaten. Als zusätzliches Argument für die verweigerte völkerrechtliche Anerkennung durch die Alliierten wurde angeführt, dass man nicht über ehemals russisches Territorium verfügen könne, solange der russische Bürgerkrieg nicht

⁵³ Bemerkungen der deutschen Delegation zu den Friedensbedingungen, in: Materialien betreffend die Friedensverhandlungen, hrsg. v. Auswärtigen Amt. Berlin 1939, 3. Teil, S. 23.

⁵⁴ Ebenda, 3. Teil, S. 41.

⁵⁵ Antwort der Alliierten und Assoziierten Mächte auf die Bemerkungen der deutschen Friedensdelegation, 16.6.1919, in: Documents Diplomatiques. Question de Memel. Bd. I: Depuis la Conférence de la paix (1919) jusqu'au renvoi de la question par la conférence des ambassadeurs devant le conseil de la Société des Nations (23 septembre 1923), hrsg. v. République de Lituanie, Ministère des Affaires Étrangères. Kaunas 1923, Dok. Nr. 2, S. 15.

entschieden sei. Obwohl die Studienkomitees der Großmächte ausreichendes Informationsmaterial über die Bevölkerungsstruktur im Memelgebiet und die politischen Präferenzen der Landesbewohner gesammelt hatten, scheinen diese Materialien nicht von allen Entscheidungsträgern zur Kenntnis genommen worden zu sein. Wichtig war den um die wirtschaftliche Lebensfähigkeit des polnischen Staates bemühten Kommissionsmitgliedern die Sicherung der Ausfuhrwege für die Holz exportierenden Regionen am Oberlauf der Memel. Der freie Zugang zum Meer war ein Ziel, das auch in der Konzeption der Briten und Amerikaner einen zentralen Platz einnahm. Im Unterschied zu den Entscheidungen zum Grenzverlauf im Bereich der masurischen Seenplatte wurde die Grenze an der Memel von ihnen akzeptiert, ohne eine Volksabstimmung einzufordern.

5. Die Entscheidung zur Stationierung von Besatzungstruppen

Nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages mit Deutschland mussten die neuen Souveräne des Memelgebietes sich aber Gedanken darüber machen, wie das Territorium zukünftig verwaltet werden sollte. Amerikaner und Briten empfahlen in den Verhandlungen im Obersten Alliierten Kriegsrat aus Kostengründen eine rein zivile Verwaltung.⁵⁶ Die italienischen und französischen Militärexperten hielten aber zur Absicherung des neu zu errichtenden politischen Regimes die Entsendung von Besatzungstruppen in nicht unerheblicher Zahl für absolut notwendig. Im Gebiet von Danzig und Memel wollten sie mehrere große Kriegsschiffe und ein 10000 Mann starkes Armeekontingent stationieren.⁵⁷ Insbesondere die französische Regierung legte Wert darauf, in alle Gebiete, die vorübergehend den alliierten Hauptmächten unterstellt wurden – neben Memel und Danzig traf dies auf Oberschlesien und Schleswig, die Abstimmungsgebiete um Marienwerder und Allenstein im südlichen Ostpreußen sowie auf die im polnisch-tschechoslowakischen Grenzgebiet gelegene Region um Teschen zu –, starke inter-alliierte Kontingente zu entsenden.⁵⁸

⁵⁶ AMAEF, CP, Partie I (Actes du Conseil suprême), N° 14, S. 51 f.: Memorandum der amerikanischen und britischen Repräsentanten, Conseil Supérieur de Guerre, 24.6.1919. Conseil des chefs de délégation, 31.7.1919.

⁵⁷ AMAEF, CP, I, N° 14, S. 53-56: Stellungnahme der französischen und italienischen Militär- und Marineexperten, Conseil Supérieur de Guerre, 24.6.1919. Conseil des chefs de délégation, 31.7.1919.

⁵⁸ AMAEF, CP, I, N° 15, S. 49: Conseil des chefs de délégation, 8.8.1919.

Die Briten sagten generell ihre Bereitschaft zur Entsendung von Truppenkontingenten zu. Sie wollten ihre Soldaten aber nicht einer integrierten Kommandostruktur unterwerfen. Außenminister Balfour plädierte daher für eine Aufteilung der zu besetzenden Zonen unter den Bündnispartnern. Im Namen der britischen Regierung bot er an, sich besonders in den Küstenregionen zu engagieren. Als Kompromiss zwischen der integrierten französischen Konzeption und dem britischen Wunsch nach Aufteilung der Besatzungsgebiete erarbeiteten die militärischen Repräsentanten der vier Hauptmächte ein Schema, das vorsah, im Memelgebiet ein amerikanisches und ein britisches Bataillon zu stationieren.⁵⁹

Nachdem die USA mit der Weigerung des amerikanischen Senats, den Versailler Vertrag zu ratifizieren, endgültig aus der Gruppe der alliierten und assoziierten Hauptmächte ausschieden, mussten diese Pläne kurzfristig wieder geändert werden. Das ursprünglich vorgesehene amerikanische Bataillon sollte durch ein französisches ersetzt werden. Die Briten stimmten dieser Änderung aber nur unter der Bedingung zu, dass ihnen in Memel das Kommando übertragen werde.⁶⁰ Am 21. Januar 1920, dem vorletzten Tag der Friedenskonferenz, machte Lloyd George aber dann einen unerwarteten Rückzieher, als er verkündete, dass Großbritannien statt der ursprünglich zugesagten elf Bataillone nur zwei bereitstellen könne.⁶¹ Nun mussten nochmals radikale Schnitte im Stationierungsplan vorgenommen werden. Da das für Memel vorgesehene britische Bataillon kurzfristig nicht mehr ersetzt werden konnte, sollte das bisher in Lothringen stationierte 21. Bataillon der *Chasseurs à pied* allein die Besatzungsmacht für das Memelgebiet bilden.⁶² Statt einem britischen General wurde das Kommando nun einem hochrangigen französischen Offizier übertragen.⁶³

⁵⁹ AMAEF, Série Y (Internationale 1914–1940), N° 80, S. 135: Berichtsentwurf der Sonderkommission über die Zusammensetzung der inter-alliierten Besatzungskontingente, 16.10.1919.

⁶⁰ AMAEF, CP, I, N° 20, S. 27–30, hier S. 28: Conseil des chefs de délégation, 18.10.1919.

⁶¹ Besprechung der alliierten Premier- und Außenminister in Pichons Amtsräum, 20.1.1920, in: Documents on British Foreign Policy (DBFP), 1st Series, Bd. II, 1919, London 1948, Dok. Nr. 78, S. 927–944, hier S. 938.

⁶² Bericht der alliierten Sonderkommission über die Truppenstationierung in den Abstimmungsgebieten (Plebiscite Areas), 20.1.1920, in: DBFP, 1st Series, Bd. II, 1919, Appendix A zu Dok. Nr. 79, S. 956.

⁶³ Besprechung der alliierten Premier- und Außenminister in Pichons Amtsräum, 20.1.1920, in: DBFP, 1st Series, Bd. II, 1919, Dok. Nr. 78, S. 927–944, hier S. 941.

6. Regierungs- und Verwaltungsorganisation

Das Besatzungskontingent, das in der zweiten Februarwoche 1920 in Memel eintraf und auf drei Standorte in den Kreisstädten Memel, Heydekrug und Pogegen verteilt wurde,⁶⁴ war aufgrund seiner Stärke nicht dazu geeignet, außerhalb des von den Alliierten verwalteten Hoheitsgebietes in bewaffnete Konflikte einzugreifen. Eine von Memel ausgehende Intervention im russischen Bürgerkrieg oder im Russisch-polnischen Krieg von 1920 war von vornherein ausgeschlossen. Die 650 Soldaten des Jägerbataillons unter dem Kommando des Leutnants Guillaud waren ausdrücklich dazu bestimmt, „à assurer l'ordre dans le Territoire“.⁶⁵

Für den Posten des Gouverneurs wählte Marschall Foch, der Präsident des Alliierten Militärkomitees in Versailles, einen erfahrenen französischen Brigadegeneral aus. Dominique Joseph Odry war zuvor als militärischer Berater in Polen tätig gewesen und trat seine neue Funktion am 14. Februar 1920 an.⁶⁶ Er vertrat nunmehr die Alliierten im Memelgebiet und übernahm die Aufsicht über die noch unter deutscher Ägide entstandenen Selbstverwaltungsorgane. Seine Vorgesetzten ließen ihm relativ freie Hand bezüglich der Regelung innermemelländischer Angelegenheiten. Entscheidungen grundsätzlicher Natur sowie alle Fragen, welche die Außenbeziehungen des Memelgebietes berührten, entschied jedoch die Botschafterkonferenz in Paris. Gegenüber diesem Gremium, in dem die in Frankreich akkreditierten Botschafter der alliierten Hauptmächte und der USA unter dem Vorsitz des französischen Diplomaten Jules Cambon regelmäßig zusammentrafen, blieb Odry rechenschaftspflichtig.⁶⁷

Der General, der die umständliche Amtsbezeichnung „Commandant des forces alliées d'occupation, Administrateur du Territoire de Memel“ führte, übernahm die Regierungsgeschäfte von einem preußischen Verwaltungsbeamten, der im August 1919 vom Deutschen Reich und vom republikanischen Freistaat Preußen in das Amt eines

⁶⁴ Service Historique de l'Armée de Terre (SHAT), 34 N 214, S. 23ff.: Général Bézegher, Historique du 21^e Bataillon de Chasseurs à pied (1855–1940).

⁶⁵ Der Repräsentant der Alliierten in Memel bemerkte im November 1921: „Je suppose qu'il n'est jamais entré dans la pensée de quiconque, qu'un effectif de 650 hommes devait être opposé soit à une invasion allemande, soit même une armée régulière lithuanienne.“ AMAEF, Z, Memel, N° 23, S. 43: Petisné an MAE, 7.11.1921.

⁶⁶ SHAT, 14 Yd 452: Personalbogen Odry, Dominique Joseph.

⁶⁷ Zur Botschafterkonferenz: Jürgen Heideking, Arcopag der Diplomaten. Die Pariser Botschafterkonferenz der alliierten Hauptmächte und die Probleme der europäischen Politik 1920–1931. Husum 1979.

„Reichs- und Staatskommissars für das Memelgebiet“ eingesetzt worden war.⁶⁸ In dieser Funktion übte Georg Franz Graf Lambsdorff auch während einer 33 Tage währenden Übergangsphase zwischen der Ratifizierung des Versailler Vertrages (10. Januar 1920) und der Ankunft des Gouverneurs (14. Februar 1920) seine Aufsichtsfunktion über die örtlichen und zentralen Verwaltungsbehörden des Gebietes aus.⁶⁹

Ohne radikale Veränderungen vorzunehmen, behielt Odry die Strukturen der unter Graf Lambsdorffs Leitung entstandenen Verwaltungsorganisation bei. Durch überlegtes und behutsames Handeln und mit viel psychologischem Geschick gelang es ihm, den Übergang zur Besatzungszeit friedlich zu gestalten, obwohl eine Mehrheit der Bevölkerung der Abtrennung von Deutschland ablehnend gegenüberstand. Odry ließ allerdings das seit Juli 1919 tagende „Vorparlament“, das sich aus den Memeler Stadtverordneten und den im Memelgebiet ansässigen Kreistagsmitgliedern zusammengesetzt hatte,⁷⁰ nicht mehr zusammentreten. Er ignorierte auch die von diesem Repräsentativorgan im November 1919 ausgearbeitete „Verfassung für den Freistaat Memel“.⁷¹ Dem bisherigen geschäftsführenden Ausschuss des Vorparlaments übertrug er aber zahlreiche Aufgaben, die zuvor von den preußischen und deutschen Zentralbehörden wahrgenommen worden waren.⁷² Diesen Kern einer memelländischen Exekutive wandelte er wenig später in das „Landesdirektorium des Memelgebietes“ um, dessen ehrenamtliche Mitglieder nach dem Ressortprinzip für die Leitung verschiedener Verwaltungsbereiche zuständig waren.⁷³ Als beratende Körperschaft für alle Verwaltungs- und Wirtschaftsfragen wurde dem Landesdirektorium ein so genannter „Staatsrat“ zur Seite gestellt. Auch dieses 20-köpfige Gremium ging nicht aus allgemeinen Wahlen hervor. Seine Mitglieder wurden vielmehr von den Gebietskörperschaften und den Berufsgenossenschaften des Gebietes „gewählt oder ernannt“.⁷⁴

⁶⁸ AMAEF, Z, Memel, N° 1, S. 83: Vollmacht für Graf Lambsdorff, 26.8.1919.

⁶⁹ PAAA, Akten der Abt. IV, Memel, Po 1, Bd. 1, S. 8: Das Memelgebiet im ersten Jahre nach der Abtretung. Nach amtlichem Material zusammengestellt von Dr. Johannes Werner, Leiter des Zweigbüros Memel des Reichs- und Staatskommissars für das Memelgebiet.

⁷⁰ PAAA, Akten der Abt. IV, Memel, Po 1, Bd. 1, S. 6.

⁷¹ Janz, Entstehung (wie Anm. 7), S. 120-127.

⁷² Amtsblatt des Memelgebietes (Abl. MG) 1920, Nr. 1, S. 4.

⁷³ Deu, Schicksal (wie Anm. 6), S. 9.

⁷⁴ Abl. MG 1920, Nr. 41, S. 347 f.: Verordnung über die Neugestaltung der Oberverwaltung, 21.10.1920.

Durch die beschriebene korporatistische Regierungs- und Verwaltungsorganisation hatte Odry die konstruktive Mitarbeit der etablierten Interessengruppen und ausgewählter prominenter Einzelpersonlichkeiten sichergestellt. Da er in erster Linie mit den bestehenden Körperschaften und Organisationen kooperierte, stützte sein Regime sich vornehmlich auf diejenigen Persönlichkeiten und Gesellschaftsschichten, die auch schon im Kaiserreich wichtige Stellen innegehabt hatten. In finanzieller Hinsicht waren damit für die französische Besatzungsmacht günstige Voraussetzungen geschaffen. Der reibungslose Ablauf der Verwaltungstätigkeit war durch die lokalen Eliten sichergestellt. Odry konnte sich auf die Repräsentierung des Gebietes nach außen und auf einzelne Koordinierungsaufgaben beschränken. Die personelle Kontinuität in der lokalen Bürokratie ermöglichte es der Besatzungsmacht, mit einem Minimum eigener Kräfte auszukommen. Ursprünglich beschäftigte Odry 32 zivile Mitarbeiter in seiner Mission. Schon bald konnte deren Anzahl auf 15 und später nochmals auf acht reduziert werden.⁷⁵

7. Die kultur- und sprachpolitischen Ziele der Besatzungsmacht

Mittelfristig musste die Bevorzugung der städtischen und deutschsprachigen Oberschichten aber mit den kultur- und sprachpolitischen Zielen der Besatzungsmacht kollidieren. Diese hatte Odry am Beginn seiner Amtszeit folgendermaßen zusammengefasst: „Dégermanisation progressive du Territoire, participation graduelle des Lithuaniens habitant le pays à l'administration du Territoire en remplaçant des fonctionnaires allemands peu à peu éliminés.“⁷⁶

Erste Schritte in diese Richtung unternahm Odry, indem er das bisher von deutschen Honoratioren dominierte Landesdirektorium im März 1920 um zwei Litauer erweiterte. Bei einer weiteren Umbildung im Dezember 1920 wurden die Direktorenposten paritätisch auf die beiden großen Volksgruppen verteilt.⁷⁷ 1921 setzte Odrys Nachfolger dann mit dem konservativen Landespolitiker und ehemaligen Regierungsrat Wilhelm Steputat (Vilius Steputaitis) einen preußischen Litauer für das Amt des Präsidenten des Landesdirektoriums durch.⁷⁸

⁷⁵ AMAEF, Z, Memel, N° 22, S. 63: Petisné an MAE, 13.1.1922.

⁷⁶ AMAEF, Z, Memel, N° 1, S. 125: Odry an Secrétaire Général de la Conférence des Ambassadeurs (René Massigli), 5.4.1920.

⁷⁷ Deu, Schicksal (wie Anm. 6), S. 9 ff.

⁷⁸ AMAEF, Z, Memel, N° 2, S. 144: Petisné an MAE, 8.8.1921.

Die vermehrte Rekrutierung von Litauern für den öffentlichen Dienst ging jedoch nur äußerst schleppend voran, da geeignete Kandidaten im Memelgebiet selbst nicht in ausreichender Zahl gefunden werden konnten.⁷⁹

Zu ihrem Erstaunen mussten die Franzosen feststellen, dass die Angaben der deutschen Volkszählung von 1910, die in Frankreich als „évidemment tendacieux“ galten,⁸⁰ in einer unter alliierter Aufsicht durchgeführten Befragung bestätigt wurden. Wie bereits zehn Jahre zuvor gab auch 1920 eine knappe Mehrheit der Bewohner des Memelgebietes bei der Frage nach ihrer Familiensprache Deutsch an.⁸¹ Alle Versuche zur Förderung der litauischen Sprache im öffentlichen Leben waren durch das offen artikuliert Desinteresse großer Teile der litauischsprachigen Bevölkerungsgruppe an solchen Maßnahmen zum Scheitern verurteilt. Selbst als die Franzosen ein altes Begehren der preußischen Litauer aufgriffen und die lokalen Behörden zur konsequenten Umsetzung der seit 1873 gültigen Rechtslage ermahnten, die allen litauischsprachigen Schülern ein Recht auf muttersprachlichen Religionsunterricht sowie auf litauischen Lese- und Schreibunterricht ab der Mittelstufe garantierte,⁸² erfuhren sie nur wenig Unterstützung durch die betroffenen Familien. Bei einer Befragung der Eltern von 16910 Schülern in den drei Landkreisen des Memelgebietes verlangten nur 1894 litauischen Religionsunterricht und 355 litauischen Lese- und Schreibunterricht für ihre Kinder.⁸³ Wegen Lehrermangels und technischer Schwierigkeiten bei der Umsetzung stellten die Franzosen ihre Pläne zur flächendeckenden Einrichtung eines litauischen Schulwesens bald wieder zurück.⁸⁴

⁷⁹ AMAEF, Z, Memel, N° 1, S. 125: Odry an Massigli, 5.4.1920; AMAEF, Z, Memel, N° 1, S. 133: Odry an Massigli, 8.4.1920.

⁸⁰ J. Blociszewski, L'affaire de Memel, in: *Revue Générale de droit international public* 30 (1923), H. 1-2, S. 143-162, hier S. 147.

⁸¹ 1910 gaben von den 140766 Menschen auf dem Gebiet des späteren Memelgebietes 71191 Deutsch und 67345 Litauisch als ihre Muttersprache an. 1970 Personen bezeichneten sich als zweisprachig; vgl. Ganß, *Verhältnisse* (wie Anm. 2), S. 53-59. 1920 nannten auf die Frage nach ihrer Familiensprache von den 138 718 Befragten 71156 Deutsch und 67259 Litauisch; vgl. Deu, *Schicksal* (wie Anm. 6), S. 3; Schätzel, *Reich* (wie Anm. 8), S. 113.

⁸² AMAEF, Z, Memel, N° 1, S. 130: Odry an Präsident des Landesdirektoriums (Altenberg), 13.3.1920.

⁸³ Werner Horn, *Der Volkswille im Memelgebiet. Zur Frage von Sprache und Gesinnung in völkisch umstrittenen Gebieten*, in: *Petermanns Geographische Mitteilungen* 50 (1936), H. 4, S. 97-104, hier S. 99; Ganß, *Verhältnisse* (wie Anm. 2), S. 88-94.

⁸⁴ AMAEF, Z, Memel, N° 2, S. 26: Odry an Massigli.

Über die Präferenzen der memelländischen Bevölkerung in der Frage der staatlichen Zugehörigkeit machten die zuständigen Referenten im französischen Außenministerium sich nach Bekanntgabe der für Polen und Frankreich enttäuschend verlaufenen Abstimmungsergebnisse in den ähnlich strukturierten masurischen Abstimmungsgebieten keine Illusionen mehr.⁸⁵ In einem internen Bericht über das Memelgebiet urteilten sie im Herbst 1920: „La population lithuanienne est germanisée, parle en général l’allemand, elle a toujours dans le passé été rattachée à l’Allemagne, elle est protestante tandis que les habitants de la Lithuanie proprement dite sont catholiques, elle est d’une culture beaucoup plus développée et répugne à lier son sort à celui d’un pays encore très arrièrè (...) Les électeurs, appelés à choisir entre l’Allemagne et la Lithuanie, voteraient pour la première à la majorité de 90%.“⁸⁶

Nachdem sie festgestellt hatten, dass mit der Trennung von Deutschland nicht automatisch das Nationalbewusstsein der litauischstämmigen Bevölkerungsgruppe aktiviert wurde, verfolgte die französische Administration ab Mitte 1921 eine andere Strategie, um den immer noch starken deutschen Einfluss auf das Gebiet und seine Bewohner zurückzudrängen. Ihr Ziel bestand nun nicht mehr darin, die Gleichberechtigung der litauischen Sprache in ihrem Verwaltungsgebiet durchzusetzen und über das Stadium genereller Zweisprachigkeit langsam eine Entgermanisierung herbeizuführen. Stattdessen verfolgten die Franzosen nun eine „politique d’union entre les différents partis memelois et lithuaniens en dehors des partis nationaux extrêmes allemands et grand-lithuaniens“.⁸⁷ Das erklärte Ziel der Strategen im französischen Außenministerium hieß nun: „créer aux Mémelois des intérêts distincts de ceux de la Prusse Orientale et à amener ainsi un relâchement des liens qui les rattachent à l’Allemagne.“⁸⁸ Nicht eine Relituanisierung des Gebietes war nunmehr beabsichtigt, sondern die Kreierung und Förderung einer eigenständigen memelländischen Identität.

⁸⁵ Am 11. Juli 1920 stimmten 98% der Wahlberechtigten im Abstimmungsbezirk Allenstein und 92% im Abstimmungsbezirk Marienwerder für einen Verbleib bei Ostpreußen. Ploetz Deutsche Geschichte. Epochen und Daten, hrsg. v. Werner Conze u. Volker Hentschel. 6. Aufl., Darmstadt 1998, S. 252.

⁸⁶ AMAEF, Z, Memel, N° 1, S. 234: Anonyme Aufzeichnung über das Memelgebiet, 21.10.1920.

⁸⁷ AMAEF, Z, Memel, N° 22: Petisné an MAE, 1.8.1921.

⁸⁸ AMAEF, Z, Memel, N° 2, S. 96: Aufzeichnung für den Minister, 24.6.1921.

8. Pläne für den Freistaat Memelland

Für diesen neuen Kurs in der französischen Besatzungspolitik stand insbesondere der Zivilkommissar Jean Gabriel Petisné, der General Odry zur Bewältigung der administrativen Aufgaben im Juni 1920 zur Seite gestellt worden war. Petisné hatte eine zivile Verwaltungslaufbahn absolviert und seiner Regierung zuletzt als Präfekt des Départements Mayenne gedient.⁸⁹ Das für ihn neu geschaffene Amt eines „Haut-Commissaire Représentant des Puissances Alliées“ war mit der Absicht eingerichtet worden, den französischen Einfluss im Memelgebiet zu intensivieren. Die verantwortlichen Stellen am Quai d'Orsay waren daran interessiert, in Memel einen hochrangigen Funktionär zu installieren, der ihnen „toutes informations confidentielles“ sowie „les rapports portant sur des questions intéressantes seulement les autorités françaises“ zukommen ließ. Der Oberkommissar erhielt explizit den Auftrag, dem französischen Handel in Memel Vorteile zu sichern und so dazu beizutragen, den wachsenden britischen Einfluss im Ostseeraum zurückzudrängen.⁹⁰ Anders als Odry, der stärker dem gemeinsamen alliierten Auftrag verpflichtet blieb und dem Generalsekretariat der Botschafterkonferenz unterstellt war, berichtete Petisné direkt an die Europaabteilung des französischen Außenministeriums.

Stärker auch als Odry griff Petisné in die memelländische Tagespolitik ein. Seine Funktion beinhaltete den Vorsitz im Staatsrat des Memelgebietes, an dessen Sitzungen er regelmäßig teilnahm. Für das Landesdirektorium war er nicht nur eine Aufsichts- und Kontrollinstanz. Wie ein Regierungschef arbeitete er mit seinen dort platzierten Vertrauensleuten auch konkrete, vornehmlich wirtschaftspolitische Projekte aus. Nachdem Odry im Mai 1921 von seinem Posten abberufen wurde, war Petisné auch protokollarisch der erste Mann im Memelgebiet, denn die Position des Generals wurde nicht neu besetzt.

Der Oberkommissar, dessen Amt keiner effektiven Kontrolle unterworfen war, musste sich wiederholt gegen den Vorwurf zur Wehr setzen, sein Amt für eigene wirtschaftliche Interessen zu missbrauchen. Die in der deutschen Presse erhobenen Anschuldigungen, er selbst sei als Anteilseigner an einem Konsortium beteiligt, dem während seiner Amtszeit das Monopol für die Bernsteinengewinnung im Memelgebiet

⁸⁹ René Bargeton, *Dictionnaire biographique des préfets (septembre 1870 – mai 1982)*. Paris 1994, S. 438.

⁹⁰ *Documents Diplomatique français (DDF) 1920*, Bd. 1 (10.1.1920-18.5.1920). Paris 1997, Dok. Nr. 278, S. 406 f.

zugesprochen wurde, bestritt er aber erfolgreich gegenüber seinen Vorgesetzten.⁹¹ Der Eindruck eines Funktionärs, dem persönliche Interessen mindestens ebenso wichtig waren wie sein offizieller Auftrag, blieb aber an ihm haften. Selbst ein durchreisender französischer Marineoffizier spielte auf den egozentrischen Amtsstil des Oberkommissars an, als er berichtete: „Petisné m’engageait (...) à visiter son royaume.“⁹² Der deutsche Legationssekretär von Pannwitz, der die Reichsregierung in Memel vertrat, nachdem Graf Lambsdorff gezwungen worden war, seinen Amtssitz außerhalb des Gebietes zu nehmen, nannte Petisné den „Louis XIV. von Memel“.⁹³

Petisné war ein ausgesprochener Befürworter einer memelländischen Eigenständigkeit. Bei der Suche nach einer tragfähigen Zukunftskonzeption für das Memelgebiet vertrat er zeitweilig eine deutlich andere Position als seine eigene Regierung. Das französische Außenministerium brachte bei den im April 1921 unter der Ägide des Völkerbundes begonnenen Verhandlungen über die Beilegung des polnisch-litauischen Konfliktes um Wilna von sich aus das Memelgebiet in die Verhandlungsmasse ein. Für den Fall, dass Litauen die Blockade polnischer Schiffe auf der Memel aufgab und sich bereitfand, Polen freien Zugang zur Ostsee und Sonderrechte im Memeler Hafen zu garantieren, wollte die französische Regierung zugunsten Litauens auf Memel verzichten.⁹⁴ Dass mit der Beendigung des Kriegszustandes zwischen Polen und Litauen letztendlich sehr viel weiter gehende Pläne verbunden waren, belegt das nach dem belgischen Vorsitzenden der Völkerbundskommission benannte Hymans-Projekt. Die Realisierung des am 3. September 1921 vorgelegten Vertragsentwurfs hätte das Memelgebiet zu einem Bestandteil eines föderalen litauischen Staates gemacht, der mit Polnisch und Litauisch zwei Amtssprachen haben sollte und seine Außen-, Wirtschafts- und Verteidigungspolitik in gemeinsamen Institutionen mit Polen abstimmte.⁹⁵

Als Reaktion auf die Verhandlungen in Brüssel und Genf, von deren Ausgang die Memeler Bürger befürchteten, zu einem bloßen Anhängsel eines polnisch dominierten Großreichs zu werden, wurde in

⁹¹ AMAEF, Z, Memel, N° 23, S. 115: Petisné an Président du Conseil (Briand), 20.6.1921.

⁹² AMAEF, Z, Memel, N° 2, S. 199: Bericht des Kapitäns Douxami, Windau 6.11.1921.

⁹³ Legationssekretär von Pannwitz (Memel) an AA, 2.11.1922, in: ADAP, A, Bd. VI, Dok. Nr. 233, S. 483-487, hier S. 483.

⁹⁴ AMAEF, Z, Memel, N° 2, S. 96: Aufzeichnung für den Président du Conseil (Briand), 24.6.1921.

⁹⁵ Henry de Chambon, *La Lithuanie Moderne*. Paris 1933, S. 48-51.

Memel von einer breiten Koalition verschiedener Verbände und Interessengruppen nun öffentlich die Errichtung eines unabhängigen Freistaates gefordert. Petisné unterstützte diese Pläne nicht nur, er war an ihrer Ausarbeitung auch direkt beteiligt. Es gelang ihm sogar, seine Vertrauensleute von der Notwendigkeit zu überzeugen, die Bitte um den Schutz eines Ententestaates in ihr Programm aufzunehmen. Nur unter dieser Bedingung könne er ihren Forderungen in Paris Nachdruck verleihen.⁹⁶ Zur Wahrnehmung der memelländischen Interessen reiste er mit den beiden Memeler Bürgermeistern, einem Mitglied des Landesdirektoriums und dem Präsidenten der Memeler Handelskammer nach Paris und Genf. Dort stellte sich aber heraus, dass Petisnés Einfluss auf Regierungskreise nicht weit reichte. Es gelang ihm in seiner Heimat lediglich, Gespräche mit einzelnen Parlamentsabgeordneten und potenziellen Investoren zu arrangieren. Zu den für die politische Zukunft des Memelgebietes verantwortlichen Stellen konnte die von ihm angeführte Delegation aber nicht vordringen.⁹⁷ Das durchaus eigenmächtige Handeln des Oberkommissars, das bei der französischen Regierung mittlerweile Skepsis hervorrief, offenbart sich daran, dass er die memelländischen Freistaatsbefürworter dazu veranlassen wollte, in der Zeit seiner Abwesenheit öffentliche Kundgebungen für die Selbstständigkeit zu veranstalten.⁹⁸

Die Quellen belegen, dass sowohl im Auswärtigen Amt als auch am Quai d'Orsay zeitweilig die Vereinigung des Memelgebietes mit Litauen unterstützt wurde. Die Diplomaten beider Länder verfolgten aber durchaus unterschiedliche langfristige Ziele. Aus deutscher Sicht bot eine Angliederung an Litauen die günstigsten Voraussetzungen für die „Erhaltung des Deutschtums im Memelgebiet“ und eine möglichst rasche Beendigung der französischen Besatzung. Zudem hoffte man, dass „ein Zusammengehen der Litauer und Memelländer polnischen Annexionsgelüsten Widerstand leisten könnte“.⁹⁹

Aus ganz anderen Gründen lehnte der französische Ministerpräsident und Außenminister Aristide Briand die Unabhängigkeit des Memelgebietes ab. In einem Strategiepapier aus dem Sommer 1921 erläuterte er: „Il ne faut pas renouveler à Memel l'erreur de fait qui a

⁹⁶ PAAA, Akten der Abt. IV, Memel, Po 1, Bd. 1: Lambsdorff an AA, 1.10.1921; PAAA, Akten der Abt. IV, Memel, Po 1, Bd. 1: Reichswehrministerium, Chef der Heeresleitung an AA, 25.10.1921.

⁹⁷ PAAA, Akten der Abt. IV, Memel, Po 1, Bd. 1: Lambsdorff an AA, 1.11.1921.

⁹⁸ PAAA, Akten der Abt. IV, Memel, Po 1, Bd. 1: Lambsdorff an AA, 11.11.1921.

⁹⁹ PAAA, Akten der Abt. IV, Memel, Po 1, Bd. 1: Ministerialdirektor Behrendt an deutsche Gesandtschaft Genf und deutsche Botschaft Bern.

été commise à Dantzig, c'est à dire qu'il ne faut pas laisser à un territoire peuplé en grande majorité d'Allemands la possibilité de continuer à entretenir avec l'Allemagne les relations les plus étroites et de prendre le mot d'ordre après des autorités allemandes de la province limitrophe; c'est dire que l'idée de constituer Memel en Etat indépendant, même sous le contrôle de la Société des Nations, doit être rejetée.“¹⁰⁰

9. Frankreich als Status-Quo-Macht

Erst nachdem der Völkerbund seine Vermittlungsversuche zwischen Polen und Litauen im Januar 1922 eingestellt hatte¹⁰¹ und damit die Aussicht, von Litauen für die Übergabe des Memelgebietes Zugeständnisse zugunsten Polens zu erhalten, wieder in weite Ferne rückte, nahm man in Paris von allen Gedankenspielen, die eine Übergabe des Memelgebietes an Litauen beinhalteten, wieder Abstand. Von nun an konzentrierte das französische Außenministerium sich darauf, den französischen Einfluss in Memel und im Ostseeraum möglichst für die Zukunft abzusichern. Die formelle Umwandlung des angreifbaren gegenwärtigen Status in ein offizielles französisches Protektorat wäre sowohl für Petisné als auch für die Planungsstäbe im Außenministerium die bevorzugte Lösung gewesen. Ihnen war aber bewusst, dass die alliierten Partnermächte, mit denen Frankreich offiziell immer noch die Gebietshoheit über das Memelgebiet teilte, eine verbindliche Festschreibung der französischen Vormachtstellung nicht mittragen würden. Paris stellte sich daher auf eine defensive Strategie zur Bewahrung des erreichten *Status quo* ein. Um das ohnehin gespannte britisch-französische Verhältnis nicht weiter zu belasten, empfahl der stellvertretende Direktor der Abteilung für politische und wirtschaftliche Angelegenheiten am Quai d'Orsay dem französischen Repräsentanten in Memel: „il ne nous appartient pas de provoquer actuellement une discussion interalliée sur le statut définitif du territoire de Memel.“¹⁰²

Es gelang den Vertretern Frankreichs aber nicht, die Diskussionen über den zukünftigen Status des Memelgebietes wieder gänzlich ver-

¹⁰⁰ AMAEF, Z, Memel, N° 2, S. 102: Briand an Petisné, 27.6.1921.

¹⁰¹ Am 13. Januar 1921 gab der Völkerbundrat bekannt, dass die Vermittlungsversuche abgebrochen und die in Wilna ansässige Völkerbundkommission abgezogen würde. Toynbee, Survey (wie Anm. 2), S. 253.

¹⁰² AMAEF, Z, Memel, N° 3, S. 69: MAE an Petisné, 28.2.1922.

stimmen zu lassen. Im Juni 1922 setzte der Geschäftsführer der britischen Mission in Paris das Thema wieder auf die Tagesordnung der Botschafterkonferenz. Er erinnerte in diesem Zusammenhang an den ursprünglichen Zweck der alliierten Besatzung und regte an, die längst überfällige De-jure-Anerkennung des litauischen Staates vorzunehmen und damit auch die Lösung der Memelfrage zu verbinden „en stipulant l'union de Memel à la Lithuanie aussi longtemps que celle-ci sera indépendante“. Beides waren Maßnahmen, welche die französische Regierung nicht ohne Gegenleistung vorzunehmen bereit war. Anstatt sich offen dagegen auszusprechen, verfolgten die französischen Diplomaten nun eine Verzögerungsstrategie. Sie stellten fest, es sei unmöglich, die Memelfrage zu regeln „sans faire une étude préalable et approfondie du statut de cette région“ und erwirkten zu diesem Zweck die Einsetzung einer Sonderkommission, die nur äußerst zögerlich ihre Arbeit aufnahm.¹⁰³

Da die Botschafterkonferenz grundsätzlich im Konsens entschied, konnten die Franzosen sicher sein, dass sie mit diplomatischen Mitteln nicht aus ihrem Stützpunkt an der Ostsee verdrängt werden konnten. Mit der Gefahr, dass die litauische Regierung sich in einem Handstreich des Gebietes bemächtigen könne, wurde in Paris schon frühzeitig gerechnet. Manöver und Truppenkonzentrationen auf der litauischen Seite der gemeinsamen Grenze wurden aufmerksam beobachtet. Nach der Rückkehr von Ernestas Galvanauskas auf den Posten des litauischen Regierungschefs wurde die Gefahr einer „occupation brusque de Memel par les troupes lituaniennes“ aber geringer eingeschätzt, da der neue Regierungschef in Paris als „plus modérée und plus consiliante“ galt als sein Vorgänger Kasimieras Grinius.¹⁰⁴

Im Sommer 1922 fühlte sich Petisné auf seinem Posten offenbar so sicher, dass er angesichts der Unmöglichkeit, die Besatzungskosten aus dem memelländischen Haushalt zu begleichen,¹⁰⁵ dafür plädierte, das schon mehrmals verkleinerte Besatzungsbataillon noch einmal auf die von der militärischen Führung als absolutes Minimum angesehene Zahl von 200 Mann zu reduzieren.¹⁰⁶ So traf es die Franzosen letztlich

¹⁰³ SHAT, 4 N 80, 183 (I-III): Conférence des ambassadeurs, 30.6.1922. Erst am 11. Oktober 1922 hatten alle beteiligten Mächte ihre Repräsentanten für das Memel-Komitee der Botschafterkonferenz benannt. SHAT, 4 N 80, 189 (V): Conférence des ambassadeurs, 11.10.1922.

¹⁰⁴ AMAEF, Z, Memel, N° 3, S. 24: Président du Conseil (Poincaré) an Petisné, 1.2.1922.

¹⁰⁵ AMAEF, Z, Memel, N° 23: Petisné an MAE, 10.4.1922.

¹⁰⁶ AMAEF, Z, Memel, N° 22, S. 111: Marschall Foch an MAE, 3.5.1922; AMAEF, Z, Memel, N° 23: Petisné an MAE, 15.7.1922.

doch überraschend, als die Litauer Auseinandersetzungen über einen neuen Tarifvertrag in Memel¹⁰⁷ zum Anlass nahmen, um einen angeblichen Aufstand der unterdrückten Bevölkerung zu unterstützen. Als in der zweiten Januarwoche 1923 ein Invasionscorps aus Mitgliedern des litauischen Schützenbundes und Angehörigen der litauischen Armee in Zivilkleidung die Grenze zum „Territoire de Memel“ überschritt,¹⁰⁸ wurde Petisné von der Botschafterkonferenz angewiesen „de ne pas compromettre la sécurité de notre faible contingent“.¹⁰⁹ Er zog sich mit seinem zum Großteil aus jungen Rekruten bestehenden Besatzungskontingent¹¹⁰ auf die Memeler Garnison zurück und wies die zu diesem Zweck mit Handgranaten ausgerüsteten einheimischen Polizeikräfte an, „d’offrir une première résistance à l’avance des Lithuaniens“. Nach einzelnen Schießereien und Scharmützeln musste er am Mittag des 15. Januar schließlich die weiße Fahne über der Präfektur in Memel hissen lassen.¹¹¹

Während der ersten Krisensitzungen wurde in Paris noch erwogen, die Demütigung der Großmächte durch die „bandes lithuaniennes“ nicht hinzunehmen und das Territorium mit polnischer Waffenhilfe zurückzuerobern.¹¹² Der unrühmliche Ausgang des fünftägigen Waffenganges hatte aber aller Welt die Unhaltbarkeit eines französischen Stützpunktes in dieser Region demonstriert. Verstärkung für die in Memel eingeschlossenen Einheiten musste auf dem Seeweg aus dem bretonischen Brest herbeordert werden. Als am 17. Januar nach mehrtägiger Seereise zwei französische Torpedoboote eintrafen, war das Besatzungsbataillon in Memel aber von den litauischen Freischärlern längst entwaffnet worden.¹¹³

Die Französische Republik hatte sich nicht danach gedrängt, den alliierten Auftrag an der Memel im Alleingang umzusetzen. Erst nachdem die Partnermächte von ihren ursprünglichen Zusagen nach und nach Abstand nahmen, sahen die französischen Politiker und Militärs, die von allen Kriegsteilnehmern am meisten an einer strikten Einhaltung der Pariser Friedensordnung interessiert waren, sich gezwungen, mit ihren begrenzten Ressourcen auch im äußersten Nordosten des ehemaligen deutschen Kaiserreiches für die Implementierung des

¹⁰⁷ AMAEF, Z, Memel, N° 23, S. 80: Petisné an MAE, 6.1.1923.

¹⁰⁸ Žalys, Kova / Ringen (wie Anm. 12), S. 27.

¹⁰⁹ SHAT, 4 N 83, 200 Annex G: Conférence des ambassadeurs, 17.1.1923.

¹¹⁰ AMAEF, Z, Memel, N° 23: MAE an Petisné, 1.11.1922.

¹¹¹ Bézegher, Historique (wie Anm. 54); SHAT, 34 N 214, S. 29-32.

¹¹² SHAT, 4 N 83, 199 (I): Conférence des ambassadeurs, 13.1.1923.

¹¹³ PAAA, Büro RM, 71, Bd. 1, S. 47: Botschaftsrat Hoesch (Paris) an AA, 18.1.1923.

Friedens zu sorgen. Zunächst beabsichtigten sie, das Memelgebiet als Pfand bei einer Neuordnung der Staatsgrenzen in Nordosteuropa einzusetzen. Erst als die litauische Regierung durch ihre beharrliche Weigerung, in irgendeiner Weise mit Polen zusammenzugehen, die französischen Pläne zunichte machte, stellten sie sich auf einen dauerhaften Verbleib ihrer Truppen an der Memel ein. Sie suchten nun nach Möglichkeiten, die Besatzung kostenneutral zu gestalten und ihr inoffizielles Protektorat staatsrechtlich abzusichern. Beides ist nicht gelungen. Ein Freistaat unter französischem Schutz wurde als Konzept zeitweilig auch in Paris erwogen. Anders als der Oberkommissar in Memel glaubte der französische Außenminister aber nicht an die Möglichkeit, nach der Abtretung der Hoheitsrechte an die einheimische Bevölkerung den französischen Einfluss im Memelgebiet zu bewahren.